Stand: 14.07.2025 22:48:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/17928

"Für humanitäre Flüchtlingspolitik in Bayern: Konsequenzen aus dem Hunger- und Durststreik der Flüchtlinge ziehen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/17928 vom 16.07.2013
2. Beschluss des Plenums 16/18221 vom 18.07.2013
3. Beschluss des Plenums 16/18263 vom 18.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 18.07.2013

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**17928**
16.07.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Renate Ackermann, Reiner Erben, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für humanitäre Flüchtlingspolitik in Bayern: Konsequenzen aus dem Hunger- und Durststreik der Flüchtlinge ziehen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Hunger- und Durststreik der über 40 Flüchtlinge in München ist ein auf- und erschreckendes Zeichen dafür, dass Menschen, die in Bayern Asyl suchen, sich in einer verzweifelten Situation befinden, dass ihre Unterbringung und ihre Behandlung dringend der Verbesserung bedürfen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. den § 7 Abs. 5 Satz 3 der Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) „Die Verteilung und die Zuweisung darf die Rückführung der betroffenen Personen nicht erschweren; sie soll die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern.“ ersatzlos zu streichen.
2. in Bayern
   - die Essenspakete abzuschaffen,
   - das System der Gemeinschaftsunterkünfte durch eine dezentrale Unterbringung nach dem Leverkusener Modell zu ersetzen,
   - die Residenzpflicht abzuschaffen,
   - eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung zu schaffen,
   - die Asylsozialberatung bedarfsgerecht auszubauen,
   - das 4-Stufen Modell für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge abzuschaffen,
   - genügend Personal für die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Flüchtlingsbetreuung einzustellen,
   - die Zielländer der Abschiebungen nach dem Dublinverfahren auf die Einhaltung der Menschenrechte zu überprüfen und bei Nichteinhaltung der menschenrechtlichen Standards, einen Abschiebestopp zu erlassen und
   - den Kommunen die Option einzuräumen bei vollständigem Kostenersatz die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in eigener Zuständigkeit zu organisieren.
3. Im Bundesrat daraufhin zu wirken, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen.

Begründung:

Der Hunger- und Trinkstreik von bis zu 50 Menschen ist ein einmaliger Hilfeschrei von Verzweifelten ohne Hoffnung. Bayern ist das restriktivste Bundesland in der Behandlung von flüchtenden Menschen. Residenzpflicht, Essenspakete und Gemeinschaftsunterkünfte, die permanente Überforderung der Erstaufnahmeeinrichtungen, deren teilweiser unhaltbarer Zustand, selbst die Behandlung von besonders schutzwürdigen Menschen, wie z.B. Jugendlichen steht seit vielen Jahren in der Kritik der Kirchen, der Wissenschaft und vieler anderer Verbände.

Die Kritik und das ununterbrochene Drängen, Aufzeigen und Fordern der Opposition in und außerhalb des Landtags haben zwar im sogenannten Asylkompromiss 2010 leichte Verbesserungen gebracht, an der grundsätzlichen Ausrichtung des Abschreckens und Abwehrens der Bayerischen Flüchtlingspolitik nichts geändert. Dabei hat der Freistaat Bayern sehr wohl die Kompetenz und die Möglichkeit, die von ihm selbst gestalteten unmenschlichen Verhältnisse entscheidend zu verbessern. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die Grundrechte für alle Menschen, die in unserem Land leben, uneingeschränkt und gleich gelten. Im Grundgesetz gibt es keine Menschen 1. oder 2. Klasse. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass auch Teilhabe an der Gesellschaft ohne Einschränkungen im Rahmen des sozio-kulturellen Existenzminimums zu diesen Rechten gehört.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**18221**
18.07.2013

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Renate Ackermann, Reiner Erben, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/**17928**

Für humanitäre Flüchtlingspolitik in Bayern: Konsequenzen aus dem Hunger- und Durststreik der Flüchtlinge ziehen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den § 7 Abs. 5 Satz 3 der Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) „Die Verteilung und die Zuweisung darf die Rückführung der betroffenen Personen nicht erschweren; sie soll die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern." ersatzlos zu streichen.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**18263**
18.07.2013

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Renate Ackermann, Reiner Erben, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/**17928**, 16/**18221**

Für humanitäre Flüchtlingspolitik in Bayern: Konsequenzen aus dem Hunger- und Durststreik der Flüchtlinge ziehen

A b l e h n u n g mit Ausnahme der Nummer 1.

Der Nummer 1 des Dringlichkeitsantrags hat der Landtag zugestimmt (Drs. 16/18221).

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Renate Ackermann
Abg. Isabell Zacharias
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann
Abg. Brigitte Meyer
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn
Zweiter Vizepräsident Franz Maget
Staatsministerin Christine Haderthauer
Abg. Tobias Thalhammer
Abg. Erwin Huber
Abg. Simone Tolle

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für humanitäre Flüchtlingspolitik in Bayern: Konsequenzen aus dem Hunger- und Durststreik der Flüchtlinge ziehen (Drs. 16/17928)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Isabell Zacharias u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine humanere Asylpolitik: Prinzip der Förderung von Rückkehrbereitschaft sofort abschaffen! (Drs. 16/17931)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Christa Stewens, Reserl Sem, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer und Fraktion (FDP)
Erfolgreiche Asylsozialpolitik fortsetzen! (Drs. 16/18196)

Vorweg weise ich darauf hin, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/17928 zwei getrennte Abstimmungen, die jeweils in namentlicher Form erfolgen sollen, beantragt hat.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Ackermann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Renate Ackermann (GRÜNE): Guten Morgen, Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich, wenn auch vor fast leeren Rängen, an meinem letzten Tag im Landtag noch einmal zu einem Thema reden kann, das mich in

den zehn Jahren meiner Landtagstätigkeit stets begleitet hat und mir immer ein sehr wichtiges Anliegen war, nämlich zur Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir haben in diesen Jahren sehr viele Anträge gestellt und sehr viele parlamentarische Initiativen gestartet. Wir haben eine Tour durch alle Gemeinschaftsunterkünfte – von uns Lagertour genannt – gestartet, um uns von den Verhältnissen vor Ort zu überzeugen. Aus den erschreckenden Erkenntnissen, die wir gewonnen haben, haben sich unsere Initiativen gespeist.

In den ersten fünf Jahren gab es keinerlei Verbesserungen, in den zweiten fünf Jahren, also in der laufenden Legislaturperiode, gab es, wenn auch nur marginale, Verbesserungen. Die Politik ist nach wie vor eine Abschreckungspolitik, und wir haben keine Willkommenskultur.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dies ist nicht zuletzt einem Halbsatz in der Asyldurchführungsverordnung geschuldet. Dieser Halbsatz lautet sinngemäß: Man soll die Rückkehrbereitschaft der Flüchtlinge fördern. - Das ist sehr vornehm ausgedrückt. Eigentlich ist damit gemeint: Die Verhältnisse, unter denen Flüchtlinge und Asylsuchende in diesem Land leben sollen, sollen so ausgestaltet sein, dass sie lieber in das Heimatland, aus dem sie aus unterschiedlichsten Gründen geflohen sind, zurückkehren, als hierzubleiben. Das ist aus unserer Sicht eines reichen, eines humanitären und eines christlichen Staates nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben lange dafür gekämpft, dass dieser Halbsatz gestrichen wird, leider ohne Erfolg; denn der politische Wille dazu hat gefehlt. Jetzt, kurz vor der Wahl, kommt anscheinend Bewegung in die Sache. Es ist eine Taktik, dass man kurz vor der Wahl alle Probleme, die sich vielleicht dem erhofften Wahlerfolg in den Weg stellen könnten, abräumt. Auch Ministerpräsident Seehofer hat natürlich erkannt, nicht zuletzt aufgrund des Hunger- und Durststreiks der Flüchtlinge auf dem Münchner Rindermarkt, dass dieser Satz möglicherweise nicht mehr ganz zeitgemäß ist. Er hat gesagt: Ich möchte,

dass dieser Satz wegkommt; wir als Staatsregierung betreiben eine solche Politik nicht. Die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion, willige Gefolgsleute von Herrn Seehofer, sind sofort umgeschwenkt. Zehn Jahre haben sie den erwähnten Halbsatz verteidigt, als ob er in Stein gemeißelt wäre.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wir nicht!)

Ein hoher Beamter des Sozialministeriums hat mir einmal gesagt – damit hat er die Flüchtlinge gemeint -: Diese Leute wollen wir nicht integrieren. Das war bisher die Linie. Jetzt lese ich in dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP, dass der Landtag begrüßen möge, dass der letzte Halbsatz von § 7 Absatz 5 Satz 3 der Asyldurchführungsverordnung gestrichen wird. Dazu muss ich schon sagen: Schwach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn das der politische Wille der Koalition wäre, wenn das der politische Wille der Parlamentarier wäre, warum machen Sie das nicht aus eigener Initiative? Warum warten Sie erst, bis die Staatsregierung irgendetwas unternimmt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst jetzt begrüßen Sie es. Das ist nicht Parlamentarismus, das ist Gefolgschaft, und das ist aus meiner Sicht falsch verstandene Demokratie.

Trotzdem scheint es so zu sein, als ob es ein Einlenken gäbe. Da wir aber gebrannte Kinder sind, wollen wir es heute ganz genau wissen. Deshalb stellen wir die Forderung in unserem Dringlichkeitsantrag, diesen Halbsatz zu streichen, zur namentlichen Abstimmung. Wir wollen wissen, wer in diesem Parlament dies wirklich will.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident Seehofer hat gesagt, die Staatsregierung betreibe eine solche Politik nicht. Lieber Herr abwesender Ministerpräsident, da muss ich Ihnen sagen: Sie betreiben eine solche Politik doch. Sie betreiben genau eine solche Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die Essenspakete bis heute mit Zähnen und Klauen verteidigt, auch wenn die Frau Sozialministerin jetzt plötzlich behauptet, es wäre durchaus möglich, eine andere Regelung zu treffen. Ich kann mich an unzählige Debatten im Sozialausschuss erinnern, in denen mir der geschätzte Kollege Seidenath jedes Mal gesagt hat, wir würden uns rechtswidrig verhalten, wenn wir die Essenspakete abschaffen würden. Bis jetzt wurde dies mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Die Essenspakete – ich habe sie immer als Zwangsernährung bezeichnet – sind eine Vorgabe, was Flüchtlinge, die zu uns kommen, essen sollen. Diejenigen, die zu uns kommen, sind übrigens keine Dummerle, die nicht wissen, was sie essen könnten.Darunter sind hoch gebildete Leute. Das sind Menschen, die bis dahin ihren Lebensunterhalt selbst bestritten haben, die es nach schwieriger Flucht bis hierher geschafft haben. Und Sie wollen ihnen vorschreiben, was sie zu essen haben! Das ist, nebenbei bemerkt, noch viel teurer, als wenn sie ihr Essen selber einkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben diese Flüchtlinge jahrelang in Lager eingesperrt. "Gemeinschaftsunterkunft" ist ein beschönigender Begriff. Das waren Baracken, das waren Hütten, das war Enge, das waren unhygienische Verhältnisse. Dort mussten manche Flüchtlinge 10 bis 15 Jahre ausharren. Dort sind Kinder geboren und aufgewachsen. Deren Heimat ist das Flüchtlingslager. – Herzlichen Glückwunsch Bayern, kann ich da nur sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesen Lagern wurde eine vollkommen unzureichende Sozialbetreuung geleistet. Ich habe es einmal durchgerechnet. Pro Woche gab es pro Flüchtling circa eine Stun-

de Sozialbetreuung. Man stelle sich vor, was das für Menschen sind, die da kommen. Sie sind traumatisiert, sie sind krank, sie sind der Sprache nicht mächtig, sie kennen sich in unserem Land nicht aus. Die Sozialarbeiter haben dann eine Stunde zur Verfügung. In dieser Stunde können sie bestenfalls Anträge für die Leute ausfüllen, aber sie können keine menschliche Unterstützung leisten, sie können ihnen nicht helfen. Die medizinische Betreuung war ebenso katastrophal.

Ein ganz trauriges Kapitel sind die völlig überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen. Ich war erst am vergangenen Montag wieder in Zirndorf. Für 500 Flüchtlinge ist die Einrichtung ausgelegt, 900 werden untergebracht. Die Garagen, die Gebetssäle, alles ist mit Matratzenlagern vollgestopft. Viele Kinder sitzen dort und schauen die Besucher hilfesuchend an. Ich bin mir richtig schäbig vorgekommen, weil ich ihnen in diesem Moment nicht helfen konnte.

Und es geht so weiter. Eine Aussage eines Betreuers in Zirndorf lautete: Auf diesem Gelände leben wahrscheinlich noch viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, aber wir kennen sie noch nicht; wir wissen gar nicht, wo sie sind; sie hatten noch keine Gelegenheit, sich bei uns zu melden, weil die Verwaltung komplett überlastet ist.

Das sind die Zustände in den Aufnahmeeinrichtungen. Aber seit Jahren weigern Sie sich, eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung zu errichten, seit Jahren weigern Sie sich, die Menschen, die aus der Erstaufnahme herauskommen, dezentral unterzubringen, und schaffen somit künstlich die drangvolle Enge in der Erstaufnahme. Auch das ist politisch gewollt.

So sind die Zustände im Moment. Das ist dem Anliegen geschuldet, das aus dem vorhin zitierten Satz hervorgeht, die Rückkehrbereitschaft solle gefördert werden. geschuldet. Mich würde es sehr freuen, wenn sich das jetzt ändern würde. Mich würde es sehr freuen, wenn es gegenüber den Menschen, die zu uns kommen, künftig eine andere Haltung gäbe, wenn ein Paradigmenwechsel in Bayern eintreten würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Papst geht mit gutem Beispiel voran. Der Papst, der der Christlich-Sozialen Union ansonsten ja so nahesteht, hat Ihnen vorgemacht, wie es geht. Seine erste Reise hat er nach Lampedusa gemacht. Er hat die Menschen betrauert, die im Mittelmeer zu Tausenden ums Leben kommen, weil das reiche Europa sie nicht aufnehmen will, weil ihre Boote untergehen, weil sie von der Küstenwache abgedrängt werden. Er hat einen Kranz ins Mittelmeer geworfen und hat ihrer gedacht. Das war übrigens, falls Sie es noch nicht verstanden haben, auch ein Appell an Sie, diese Menschen barmherziger zu behandeln,

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

endlich auch das Christentum, das Sie in Ihrem Parteinamen tragen, auch diesen Menschen zuteil werden zu lassen, gemäß dem Wort von Jesus: Was du dem Geringsten meiner Brüder tust, das hast du mir getan. Danach könnten Sie jetzt einmal handeln, danach könnten Sie jetzt Ihre Politik ausrichten. Das wäre ein toller Schritt und würde mich sehr freuen.

Die Ankündigung von Herrn Seehofer freut mich auch. Der halbherzige Dringlichkeitsantrag der CSU geht zumindest nicht in die falsche Richtung. Was jetzt noch fehlt, sind konkrete Schritte der Umsetzung. Daran werden Sie sich auch messen lassen müssen. Der Worte sind genug gewechselt. Jetzt geht es darum, die Lebensbedingungen für Flüchtlinge auch tatsächlich zu verbessern. Deshalb sind uns die zwei namentlichen Abstimmungen so wichtig. Zuerst fragen wir: Wer ist damit einverstanden, dass dieser unsägliche Satz aus der Asyldurchführungsverordnung – DV Asyl - gestrichen wird? Zweitens fragen wir: Wer ist bereit, den Worten auch Taten folgen zu lassen und tatsächlich humanitäre Verbesserungen für Flüchtlinge in Bayern umzusetzen?

Wir haben diese Verbesserungen in unserem Antrag alle konkret aufgezählt: Essenspakete abschaffen, das System der Gemeinschaftsunterkünfte durch dezentrale Unterbringung ersetzen, die Residenzpflicht komplett abschaffen und nicht nur lockern – sie ist ein Dinosaurier; wir brauchen sie nicht mehr –,

(Beifall bei den GRÜNEN)

eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung schaffen, Asylsozialberatung bedarfsgerecht ausbauen – bedarfsgerecht!, das heißt nicht, um zwei Stellen aufstocken -, das 4-Stufen-Modell für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge abschaffen. Das ist auch ein Anachronismus. Das widerspricht schon längst der UN-Konvention, wonach Flüchtlingskinder genauso behandelt werden sollen wie deutsche Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Danach müssten die Flüchtlingskinder alle bis zum 18. Lebensjahr in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden. Dieses 4-Stufen-Modell ist völliger Blödsinn. Schaffen Sie es also ab!

Außerdem fordern wir in unserem Antrag genügend Personal für die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Flüchtlingsbetreuung; wir fordern, die Zielländer der Abschiebung nach dem Dublin-Verfahren auf die Einhaltung von Menschenrechten zu überprüfen. Ich könnte Ihnen in den nächsten drei Stunden eine Geschichte darüber erzählen, wie Flüchtlinge zum Beispiel in Italien untergebracht sind. Dort werden sie schlimmer als Tiere gehalten. Wir fordern, den Kommunen die Option einzuräumen, bei vollständigem Kostenersatz die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in eigener Zuständigkeit zu organisieren, und wir fordern schließlich, im Bundesrat darauf hinzuwirken, das Asylbewerberleistungsgesetz – auch so ein Dinosaurier – abzuschaffen.

Das steht im zweiten Teil unseres Antrags. Wenn Sie wirklich bereit sind, einen Paradigmenwechsel zu vollziehen, dann müssen Sie diesem zweiten Abschnitt unseres Antrags in namentlicher Abstimmung auch zustimmen.

Dem SPD-Antrag werden wir zustimmen. Dem CSU-Antrag können wir nicht zustimmen; denn er ergeht sich in Lobeshymnen über die bisherige Asylpolitik. Im Übrigen wird, was den zitierten Satz anbelangt, ja auch nur das Handeln der Staatsregierung

begrüßt, und es ist kein eigenes Handeln beabsichtigt. Sie müssen sich noch gewaltig anstrengen, dann werden wir auch Ihren Anträgen zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächste hat die Frau Kollegin Isabell Zacharias von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, guten Morgen meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Renate Ackermann, ich möchte mich an dieser Stelle als Erstes bei dir bedanken; denn du hast in zwei Legislaturperioden so viel für die Thematik der Flüchtlings- und Asylpolitik getan und eine Sensibilität im Bayerischen Landtag hierfür geschaffen. Die Flüchtlinge draußen wissen das zu schätzen. Ich denke, dafür dürfen wir uns auch als SPD sehr herzlich bei dir bedanken. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, es gab unlängst einen Hungerstreik am Rindermarkt in München, der ein verzweifelter Hilferuf von Menschen war, die sich nicht mehr anders zu helfen wussten. Sie wussten nicht mehr, wie sie sich dieser inhumanen, dieser unchristlichen Asyl- und Flüchtlingspolitik in Bayern erwehren könnten. Sie haben ein sehr drastisches Mittel gewählt: den trockenen Hungerstreik. Das ist ein sehr drastisches Mittel, das ich sehr problematisch finde. Aber sie haben ein Mittel gewählt, um Aufsehen zu erregen, und das ist ihnen gelungen.

Es kam sogar soweit, dass der Ministerpräsident von Bayern sagte: Ich möchte, dass dieser Satz gestrichen wird; wir als Staatsregierung betreiben eine solche Politik nicht! Was meint der Ministerpräsident damit? Er meint genau den Satz in der DV Asyl, der – Renate Ackermann hatte es bereits ausgeführt – feststellt: Wir machen alles in der Asylpolitik, um die Rückkehr in die Herkunftsländer zu beschleunigen. Übersetzt heißt

das für mich: Wir gestalten die Asyl- und Flüchtlingspolitik so drastisch, so inhuman und so unchristlich, dass die Menschen weglaufen.

Sie laufen aber nicht weg, meine lieben Damen und Herren der Christlich-Sozialen Union; denn in ihren Herkunftsländern haben sie es dramatisch schlechter. Wir müssen beklagen, dass sie mit einer Fluchtgeschichte kommen, mit Vertreibung, mit Missbrauch, mit Hunger, mit Elend. Nach Wochen und Monaten kommen sie irgendwann bei uns in Deutschland, in Bayern an. Was machen wir? Wir verschränken die Arme, anstatt Willkommenskultur wirken zu lassen. Wir sind inhuman!

Herr Seehofer – schade, dass er nicht da ist, so wichtig scheint ihm das Thema dann doch nicht zu sein –, ich rufe Ihnen zu: Betreiben Sie als Staatsregierung eine solche Politik nicht? Doch, Herr Seehofer, Sie haben genau eine solche Politik betrieben.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir einmal genauer hin. Was beklagen die Flüchtlinge, und was beklagt die Opposition seit Jahren: Essenspakete!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mündige Menschen werden dazu verdonnert, Essenspakete anzunehmen. Ich war häufig in der Bayernkaserne in München. Frau Haderthauer, ich war einmal dabei, als tiefgefrorene Pizzen verteilt wurden. Tiefgefrorene Pizzen! Diese wurden verteilt, ohne dass in der Bayernkaserne auf den Etagen Backöfen vorhanden sind. Ich frage Sie: Soll man eine tiefgefrorene Pizza lutschen oder soll man sie in die Sonne legen, bis sie aufgetaut ist? Tiefgefrorene Pizzen an Flüchtlinge zu verteilen, die noch nicht einmal die Möglichkeit haben, diese aufzubacken, ist zynisch.

(Beifall bei der SPD)

Kollegin Ackermann hat es ausgeführt: Essenspakete an mündige Menschen sind inhuman. Wir müssen das abstellen.

Die nächste Herausforderung ist der Zustand der Gemeinschaftsunterkünfte. Die Bayernkaserne ist dafür ein sehr schönes Beispiel. Auf einem Kasernengelände steht ein Gebäude, das mit Stacheldraht eingezäunt ist. Was assoziiert das eigentlich bei uns? – Stacheldraht heißt: Du musst in diesem Gelände bleiben. Stacheldraht heißt auch: Du kannst nicht auf die andere Seite gelangen. Das ist auch etwas Emotionales. Das Gebäude ist umzäunt von Stacheldraht und hat sehr kleine Zimmer – bis zu vier Menschen in einem Zimmer. Jede Großvieheinheit in Bayern bekommt mehr Platz als ein Flüchtling, als ein Mann, als eine Frau oder als ein Kind. Diesen Zustand müssen wir abschaffen.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Weitere Themen sind von Frau Kollegin Ackermann angesprochen worden. Das muss ich im Hinblick auf die Zeit nicht weiter ausführen. Es geht um Essenspakete und Gemeinschaftsunterkünfte.

Ein weiteres Thema ist mir besonders wichtig. Es geht um die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Allein in der Bayernkaserne sind es weit über 100 Kinder, die unter 18 Jahren sind – es sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Ich rufe Ihnen zu: Das muss in das Jugendhilfegesetz!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Brigitte Meyer (FDP))

– Ja, Brigitte Meyer, dann macht den Gesetzentwurf dazu. Ihr seid noch an der Regierung, wir noch nicht, aber ab 15.09. – das darf ich hier versprechen – werden wir hier das ändern.

(Zuruf von der CSU)

Ich möchte Ihnen sagen, was mir ein Jugendbetreuer dazu sagte: Hat man hundert Jugendliche auf einem Haufen – egal, ob sie einen Flüchtlingshintergrund haben oder nicht –, die einfach nur Fußball spielen bzw. auf so engem Raum leben, dann ist die

Explosionsgefahr groß. Wir schauen zu bei jungen Flüchtlingen, die ein Trauma durchlebt haben und in kleinen Räumen eingepfercht sind. Und da wundern wir uns noch darüber, dass dort Spannung aufkommt und Aggressionen bestehen. Ich würde nach einem Tag in der Bayernkaserne übrigens auch wahnsinnig werden – Sie sicherlich auch. Sie würden dann sofort für eine andere Asylpolitik stehen.

Abschließend will ich sagen – deswegen haben wir die namentliche Abstimmung beantragt –, dass dieser eine Satz gestrichen werden muss. Wir müssen alles dafür tun, um eine Willkommenskultur in Bayern einzurichten, und nicht alles dafür tun, um diese Menschen wieder zurückzujagen. Diesen peinlichen Satz haben Sie auch in Ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag drin. Dem SPD-Antrag werden Sie zustimmen müssen, und wenn Sie es nicht tun, dann kann ich dem Ministerpräsidenten nur zurufen: Diese Drehhofer-Geschichten gehen mir allmählich richtig auf den Senkel!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Bernhard Seidenath von der CSU.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit gleich drei Dringlichkeitsanträgen zur Asylsozialpolitik befassen wir uns heute zu Beginn des letzten Plenartages, und das aus gutem Grund. Der Zuzug von Asylsuchenden nach Deutschland und nach Bayern ist dramatisch.

(Zuruf von der SPD)

Mein Dachauer Landrat Hansjörg Christmann – seit 36 Jahren Landrat und damit dienstältester Europas – hat zu Beginn dieser Woche beim Vergleich der Entwicklungen festgestellt, dass die aktuelle Situation durchaus mit der zu Beginn der Neunzigerjahre vergleichbar ist, die mit die schwierigste Phase seines beruflichen Lebens war.

Wir haben es also mit einem veritablen Problem zu tun, das uns auch in den nächsten Wochen und Monaten begleiten wird. Dabei ist in kaum einem anderen Politikfeld so viel in den letzten fünf Jahren passiert wie in der Asylsozialpolitik.

(Tobias Thalhammer (FDP): Dank der FDP!)

Schade, dass Frau Ackermann das in ihrer letzten Rede nicht anerkennen konnte.

In unserem Dringlichkeitsantrag mit der Überschrift "Erfolgreiche Asylsozialpolitik fortsetzen!" fassen wir die Verbesserungen in sieben Spiegelstrichen zusammen und weisen in weiteren sechs Spiegelstrichen künftige Ziele und Handlungsfelder auf.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schönfärberei!)

Diese Ziele sind bereits mehr als Handlungsoptionen, es ist die Vorgabe klarer Ziele für die Staatsregierung, um die hohe Zahl von Asylsuchenden möglichst gut zu bewältigen. Das erfordert eine Kraftanstrengung aller, insbesondere der Kommunen zusammen mit dem Staat. Wenn Sie so wollen, dann ist unser Dringlichkeitsantrag am Ende dieser Legislaturperiode Bilanz und Vermächtnis für eines der ganz wichtigen und prägenden Themen der letzten fünf Jahre.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Deshalb ist dieser Dringlichkeitsantrag auch sehr lesens- und beachtenswert.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir rufen mit diesem Dringlichkeitsantrag zunächst den Asylkompromiss vom 14. Juli 2010 in Erinnerung, mit dem wir die Auszugsmöglichkeiten aus Gemeinschaftsunterkünften gerade für Familien und Kranke deutlich erleichtern. Wir weisen darauf hin, dass die Residenzpflicht gelockert wurde und nun auf Regierungsbezirksebene sowie für die angrenzenden Landkreise gilt. Wir haben – auch das ist ein Meilenstein – die vom Sozialministerium erlassenen Leitlinien zu Art, Größe und Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte. Wir haben die deutliche Ausweitung der Asylsozialarbeit und

der Asylsozialberatung seit 2008. Wir hatten im Jahr 2008 1,44 Millionen Euro für die Asylsozialberatung; dieser Betrag wurde im Jahr 2012 auf 2,64 Millionen Euro angehoben, also fast verdoppelt, und in diesem Jahr, also in 2013, noch einmal um eine dreiviertel Million auf 3,39 Millionen Euro erhöht. Das ist sehr beachtenswert und hätte auch hier einer lobenden Erwähnung bedurft.

Zudem wird – das ist ein Paradigmenwechsel, der bislang untergegangen ist – seit dem Bildungsfinanzierungsgesetz vom 20. März 2013 allen Asylbewerbern die Möglichkeit geboten, einen Deutschkurs zu besuchen. Dieser beläuft sich auf 300 Stunden. Das ist ein Paradigmenwechsel, der extrem wichtig ist, um den Menschen, die zu uns kommen – ob sie bleiben können oder nicht – etwas aus unserem Land mitzugeben: Deutschkenntnisse, Bildung.

Schließlich – das ist auch wichtig – wird die Arbeitserlaubnis für Asylbewerber schneller erteilt. Anstatt bisher nach zwölf Monaten wird sie nunmehr nach neun Monaten erteilt. Und – das ist jetzt besonders wichtig – die Staatsregierung wird den zweiten Halbsatz des § 7 Absatz 5 Satz 3 der Asyldurchführungsverordnung streichen.

Frau Ackermann, es ist schwach, dass Sie diese Ankündigung der Staatsregierung auch noch schlechtgeredet haben.

(Beifall bei der CSU)

Sie hätten hierzu auch einmal ein Lob aussprechen können, dass es so ist.

(Lachen der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) – Zurufe von der SPD)

Aber nein, auch das müssen Sie noch schlechtreden. Nur zu Ihrer Kenntnis: Das ist eine Verordnung der Staatsregierung, die nur von der Staatsregierung geändert werden kann. Durch den Landtag ist das nicht zu machen. Deswegen hat Ihre moralinsaure Rede leider auch die Kompetenzen verkannt.

Das Bedauerliche an Ihrem Antrag ist, dass nach Ihrer Meinung unsere Asylsozialpolitik so gestaltet ist, dass wir Leuten, die zu uns kommen, den Aufenthalt bei uns möglichst verleiden und so unangenehm wie möglich gestalten wollen. Durch die Maßnahmen, die wir in den letzten fünf Jahren ergriffen haben, wird das völlig widerlegt. Es wird deutlich, dass all das, was ich gerade angeführt habe, genau dem gegenteiligen Ziel dient. Wir begrüßen es deshalb, dass dieser Halbsatz gestrichen wird.

Warum wir mit dem Antrag der SPD Probleme haben, liegt nicht an dem Text selber, sondern an der Begründung des Antrags.

(Zurufe von der SPD)

- Sie müssten die Begründung streichen. Aber sie ist schon gedruckt.

(Anhaltendes bei der SPD)

- Lassen Sie mich bitte ausreden!

(Fortgesetztes Lachen bei der SPD)

- Ich bitte jetzt wirklich um Aufmerksamkeit, weil es ein wichtiger Punkt ist.

Der zweite Halbsatz wird gestrichen. Das ist gut so. Aber es gibt zwei Punkte in Ihrer Begründung, die uns die Zustimmung nicht möglich machen. Das eine ist, dass Sie – Frau Zacharias hat es gerade dargestellt – bezüglich des Ziels der Asylpolitik nicht anerkennen, was in den letzten fünf Jahren passiert ist.

(Unruhe bei der SPD)

- Herr Präsident, mir müsste doch zugehört werden.

(Glocke des Präsidenten)

Auch ich habe Ihnen zugehört. Frau Zacharias, was hier geschieht, ist undemokratisch. Wenn Sie sich in dem Bereich schon nicht engagiert haben, dann sollten Sie, wenn Sie hier auftreten, wenigstens zuhören.

Das eine ist also der falsche Umgang mit dem betreffenden Satz bzw. die Verdrehung der Tatsachen, also die unlautere Darstellung. Das andere ist, dass Sie einen Zusammenhang mit dem Hunger-und-Durst-Streik auf dem Rindermarkt herstellen. Das ist völlig verkehrt; denn wir dürfen keinesfalls den Anschein erwecken, wir ergriffen Maßnahmen aufgrund dieses Hunger-und-Durst-Streiks.

Erstens darf sich der Staat nicht erpressen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir uns erpressen ließen, würden wir dadurch weitere Menschenleben in Nachahmung des Hungerstreiks gefährden, wenn der erste tatsächlich erfolgreich gewesen wäre.

Zweitens ging es den Hunger-und-Durst-Streikenden überhaupt nicht um Asylsozialpolitik. Frau Zacharias, auch das haben Sie falsch dargestellt. Die Leute wollten sich ihr Bleiberecht erstreiken und dafür demonstrieren, nicht mehr und nicht weniger.

Drittens war dies bei Licht besehen überhaupt kein Hunger-und-Durst-Streik, sondern eine Geiselnahme seitens des Anführers Chorasani, der den Tod der Streikenden ganz offensichtlich billigend in Kauf genommen hätte,

(Zurufe von der SPD)

um so seinen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Deswegen dürfen wir uns durch diesen Hunger-und-Durst-Streik nicht erpressen lassen. Ihre Begründung legt das aber nahe. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Das ist auch der Grund, warum wir dem Antrag der GRÜNEN so, wie er ist, nicht zustimmen können. Die Forderungen darin bauen genau auf diesen Hunger-und-Durst-Streik auf. Die drei Argumente habe ich gerade genannt.

Wenn Sie nun diesen einen Satz, den ich jetzt noch einmal vorlese-

> Die Staatsregierung wird aufgefordert,
>
> 1. den § 7 Abs. 5 Satz 3 der Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) … ersatzlos zu streichen -,

isoliert zur namentlichen Abstimmung stellen, und zwar ohne den ersten Satz, der auf den Hunger-und-Durst-Streik Bezug nimmt, und ohne alles andere, dann könnten wir zustimmen, weil es sowieso gemacht wird. Sophistisch argumentiert bräuchten wir die Staatsregierung nicht aufzufordern; denn sie macht es, ohnehin. Aber wenn der Satz isoliert, ohne den ersten Satz mit Bezug auf den Hunger-und-Durst-Streik und ohne die anderen Punkte abgestimmt wird, gelten soll, würden wir ihm zustimmen.

In unserem Dringlichkeitsantrag haben wir weitere sechs Punkte aufgeführt, die ein Vermächtnis zur Bewältigung des aktuellen Zustroms sind: die Verkürzung der Asylverfahren, die Verkürzung der Verweildauer in Gemeinschaftsunterkünften, den weiteren Ausbau der Asylsozialberatung, eine flexiblere Handhabe des Sachleistungsprinzips. Dies gilt aber nur für die, die schon ausziehen dürfen; denn wir wollen in den Gemeinschaftsunterkünften weiterhin Menschen unterbringen, die sich in Deutschland akklimatisieren und sich bei uns eingewöhnen sollen. Das ist ganz entscheidend. Auch das Modellprojekt zur Erkennung psychischer Störungen wird in unserem Dringlichkeitsantrag beschrieben.

Ich schließe mit einem Dank an die Beamtinnen und Beamten, die in dieser wirklich herausfordernden Situation auf allen Ebenen im Sinne der Menschlichkeit für die Asylbewerber gehandelt haben. Sie werden die Leistungen auch weiterhin umzusetzen haben. Ich sage noch einmal: Wir dürfen auf keinen Fall den Anschein erwecken,

auch nur eine der von uns ergriffenen Maßnahmen sei durch eine Geiselnahme provoziert worden. Deswegen werden wir den Antrag der SPD ablehnen, den der GRÜNEN ebenfalls. Aber dem Antrag der GRÜNEN wollen wir bezüglich des isolierten Satzes zustimmen. Ansonsten werden wir natürlich unserem Antrag zustimmen, der ein Vermächtnis unserer Asylsozialpolitik und eine Bilanz nach den letzten fünf Jahren darstellt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zwei Kollegen haben sich zu Zwischenbemerkungen zu Wort gemeldet. Als Erster hat Kollege Pfaffmann das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Seidenath, gestatten Sie mir, auf Ihre Aussage zu erwidern, Sie hätten ein Vermächtnis für die bayerische Flüchtlingspolitik vorgelegt. Mir ist es ein Bedürfnis, hier festzustellen: Es ist ein erbärmliches Vermächtnis, das Sie hier vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen würde ich dieses Wort nicht in den Mund nehmen.

Die Botschaft Bayerns über die Grenzen hinaus ist nicht: Wir wollen euch helfen und gute Rahmenbedingungen schaffen. Die Botschaft ist: Wir wollen euch nicht haben. Diese Botschaft haben Sie in den letzten zehn Jahren ausgesendet, und zwar ohne Beachtung aller Grundlagen der Menschenwürde. Nicht ohne guten Grund hat Kardinal Marx bis vor Kurzem die bayerische Flüchtlingspolitik heftig kritisiert und gebeten, sie zu überprüfen. Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben.

Wenn Sie der Meinung sind, Sie täten sich im Hinblick auf Zustimmung mit einem Antrag von uns leichter, wenn die Begründung nicht gilt, dann stelle ich hier fest: Die SPD-Fraktion zieht die Begründung des Dringlichkeitsantrags komplett zurück. Wir stellen den Antrag ohne Begründung zur Abstimmung. Sie haben angekündigt, dass

Sie dann zustimmen werden. Ich bin jetzt sehr gespannt auf die Antwort hinsichtlich der Frage, die Förderung der Rückkehrbereitschaft aus der Verordnung zu streichen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Seidenath, Sie haben das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Pfaffmann, wir haben eine hervorragende Bilanz, auch wenn Sie sie noch so schlechtreden. Es hat sich unheimlich viel getan. Sie haben es gerade kritisiert. Aber ich darf Sie darauf hinweisen, was alles passiert ist. Lesen Sie die sieben Spiegelstriche in Ruhe. Dann werden Sie sehen, dass viel passiert ist.

Wenn Sie auf die Begründung verzichten und sich auch von ihr distanzieren in dem Sinne, dass es keine Berührung mit dem Hungerstreik gibt - -

(Lachen bei und Zurufe von der SPD)

- Wenn Sie die Begründung streichen, distanzieren Sie sich von ihr. Ich stelle somit fest, dass Sie sich von der Begründung distanzieren. Dann können wir diesem Satz zustimmen; das ist keine Frage. Wenn Sie sich davon nicht distanzieren und hier zu Protokoll geben, dass Sie den Satz ohne Distanzierung gestrichen haben wollen, geht das alles natürlich nicht.

Also: Wenn Sie die Begründung streichen und damit zum Ausdruck bringen, dass Sie sich von ihr distanzieren, werden wir Ihrem Antrag zustimmen.

(Zurufe von der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat Frau Kollegin Ackermann das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Seidenath, auch hier bleiben Sie wieder meilenweit hinter Ihrem eigenen Ministerpräsidenten zurück;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn er hat schon lange begriffen, dass es durchaus einen Zusammenhang zwischen Hungerstreik, der ein Hilfeschrei war, und der verfehlten Asylpolitik der Regierung gibt. Genau deswegen hat er nach dem Hungerstreik und in diesem Zusammenhang gesagt, dass sich in der Asylpolitik jetzt etwas ändern wird.Er hat es verstanden, Sie nicht. Möglicherweise muss er noch etwas deutlicher werden, damit sich auch die Politik der CSU-Fraktion ändern darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Seidenath, Sie haben das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Frau Ackermann, danke für diese Zwischenbemerkung. Ich darf Ihnen sagen, dass dem eben nicht so ist. Die Veränderungen, die in der Asylsozialpolitik erfolgt sind und weiter erfolgen werden, sind mitnichten auf den Hunger-und-Durst-Streik zurückzuführen. Das darf auch niemals der Fall sein; denn – das wiederhole ich – der Staat ist nicht erpressbar.

Es ging den Streikenden übrigens nicht um Erleichterungen im Rahmen der Asylsozialpolitik. Entscheidend ist die Feststellung, dass es sich letztlich nicht um einen Streik handelte, sondern um eine Geiselnahme. Ein Einzelner hatte Menschen in seine Gewalt gebracht, um strategische Ziele durchzusetzen.

Ich möchte die Möglichkeit nutzen, auf Herrn Dr. Beyer zu replizieren, der sich vorhin echauffiert hat, was die Begründung angeht. Herr Dr. Beyer, möglicherweise haben Sie die Begründung Ihres eigenen Antrags auf der Drucksache 16/17931 nicht gelesen. Darin heißt es:

> Die bayerische Asylpolitik hat sich bisher an dem Ziel einer Förderung der Rückkehrbereitschaft von Flüchtlingen orientiert … Von diesem Prinzip ist unverzüglich Abstand zu nehmen ...

So verfahren wir bereits seit fünf Jahren. Dieser Halbsatz steht zwar noch in der Verordnung; danach wird aber längst nicht mehr gehandelt. Die Maßnahmen, die wir in den vergangenen Jahren ergriffen haben, zeigen, dass eine Umkehr nicht nötig ist. Das war der erste Kritikpunkt an Ihrer Begründung.

Den zweiten habe ich schon ausgeführt: Sie stellen einen direkten Zusammenhang mit dem Hungerstreik am Rindermarkt her. Das ist, wie schon erläutert, falsch. Deswegen war die Begründung Ihres Antrags für uns nicht akzeptabel, und sie ist es weiterhin nicht. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich von ihr distanziert haben.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Seidenath. – Ich stelle fest, dass die Begründung nicht Gegenstand der Beschlussfassung ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie wird von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Bevor wir in der Rednerliste fortfahren, möchte ich Sie davon unterrichten, dass die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/17931 beantragt hat.

(Zurufe von der SPD: Ohne Begründung!)

Jetzt hat Frau Kollegin Meyer das Wort. Bitte schön.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Ackermann, in der Tat begleitet uns im Ausschuss die Asylpolitik seit fünf Jahren sehr intensiv. Manchmal wünsche ich mir, ich hätte Ihre plastische, bildreiche Sprache und könnte Ihnen damit erwidern. Aber ich denke, das ist nicht nötig, weil wir in der Sache massiv einiges entgegengesetzt haben.

Sie haben noch einmal Anträge gestellt. Das war zu erwarten. Es ist gut, dass wir das noch einmal thematisieren.

An der Heftigkeit der Diskussion, die wir hier führen, sieht man, wie schwierig es für manche Menschen ist, auf diesem Weg mitzugehen. Ich betone, dass sich die FDP-Fraktion für viele der Veränderungen, die die Koalition herbeigeführt hat, seit Jahren massiv eingesetzt hatte.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Manchmal ging es um ein Komma oder um das Finden eines Wortes. Es war nicht immer einfach, aber wir haben etwas erreicht.

Angesichts dessen finde ich es bedenklich, Herr Pfaffmann, wenn Sie hier behaupten, es sei insgesamt ein erbärmliches Vermächtnis. Wir brauchen heute, am Ende der Legislaturperiode, doch nur das, was wir erreicht haben, mit der Situation am Anfang zu vergleichen. Ich hätte mir vor fünf Jahren nicht vorstellen können, dass so viel Bewegung in die Asylpolitik kommt. Aus welchen Gründen das auch passiert ist, ich bin dankbar, dass es passiert ist.

(Beifall bei der FDP)

Auch ich möchte deutlich sagen, dass ich den Hungerstreik, so wie er stattgefunden hat, nicht nachvollziehen kann und nicht für unterstützenswert halte. Der Staat darf sich nicht erpressen lassen, damit Einzelne ihre Anliegen durchsetzen können. Dass es Not gibt, ist unbestritten; das wissen wir. Aber in diesem Fall war eine Situation herbeigeführt worden, die wir als Staat nicht hinnehmen konnten. Das möchte ich für die FDP-Fraktion deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Nun stehen die Anträge zur Abstimmung, und ich freue mich, dass wir uns in einem wichtigen Punkt einig sind. Dieser hat uns in den Diskussionen lange begleitet. Das ist

durchaus ein Erfolg, aus welchen Gründen er auch zustande gekommen ist. Ich finde es gut, dass Sie von der SPD-Fraktion sich von Ihrer Begründung distanzieren können, damit wir eine gemeinsame Position finden. Es ist ein wichtiges Signal nach außen, dass wir Ihrem Antrag gemeinsam zustimmen.

In dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN sind Forderungen enthalten, die wir gar nicht umsetzen können. Wir können das Asylbewerberleistungsgesetz nicht abschaffen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie können sich dafür einsetzen! Auf Bundesebene!)

- Auch nicht auf Bundesebene. Was soll dann passieren?

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie sind doch an der Regierung!)

Sie haben die geltende Regelung damals mitbeschlossen. Ich betone: Die Regelung stammt aus Ihrer Regierungszeit. Sie hatten damals lange Zeit die Möglichkeit, eine Änderung herbeizuführen. Warum haben Sie das nicht getan?

Wir können das Asylbewerberleistungsgesetz in seiner geltenden Fassung nicht einfach abschaffen, ohne eine echte Alternative zu haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Bundesrat!)

Deswegen ist Ihr Antrag für uns nicht zustimmungsfähig.

Ich bitte zudem darum, Folgendes zu sehen: Auch die Essenspakete fallen unter die bundespolitische Regelung. Sie sind im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehen. Wir können sie in Bayern nicht abschaffen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was wir ändern können, werden wir ändern; das hat die Sozialministerin angekündigt. Es wird dazu noch eine Ministerratsvorlage und eine Abstimmung im Kabinett geben.

Ich bitte die Opposition, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die Koalition, insbesondere unser Partner, die CSU, massiv bewegt hat.

Wir können auf Landesebene auch nicht die Residenzpflicht abschaffen. Wir wünschen uns, dass sich die betroffenen Menschen in ganz Bayern frei bewegen können. Einen ersten Erfolg konnten wir als FDP durch die Ausdehnung auf den Regierungsbezirk erzielen. Die Ausdehnung auf ganz Bayern wäre ein weiterer wichtiger Schritt. Hinsichtlich der Ausdehnung auf ganz Deutschland verweise ich jedoch auf die Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz.

Ferner bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Leistungen im Rahmen der Asylsozialberatung aufgestockt wurden. Wir haben sehr viel Geld investiert, auch wenn Sie einwenden werden, das sei dringend notwendig gewesen, und wir bräuchten noch mehr. Wir wissen, welcher Bedarf vor Ort besteht. Die Menschen wollen sich einbringen und am Leben vor Ort teilhaben können; das ist unbestritten. Auch deswegen wollen wir die Asylsozialberatung weiter ausbauen.

Die Betreuung von Asylbewerbern in dezentralen Einrichtungen ist ein weiterer wichtiger Schritt, damit Integration und Akzeptanz vor Ort gelingen. Die Kreisverwaltungen und die kreisfreien Städte erhalten entsprechende Unterstützung.

Sie aber behaupten, das sei alles nichts. Folgender Satz in unserem Antrag ist sehr wichtig:

> Das bislang geltende 4-Stufen-Konzept ist dahingehend zu überarbeiten, dass alle minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen sind.
>
> (Beifall bei der FDP)

Das ist mir ein Herzensanliegen gewesen. Ich freue mich, dass diese Forderung in unserem Antrag steht. Das wird so passieren. Nehmen Sie von der Opposition das doch einfach zur Kenntnis! Sagen auch Sie einmal etwas Positives zu unserer Politik!

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wichtig ist auch die in unserem Antrag enthaltene Forderung, dass die "im Rahmen eines Pilotprojektes in den Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichteten Gutachterstellen zur Erkennung psychischer Störungen bei Asylbewerbern … nahtlos fortentwickelt werden …". Nach ersten Analysen in den Einrichtungen können entsprechende Hilfsangebote entwickelt werden.

Das Wichtigste ist: Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen, insbesondere Familien, so schnell wie möglich aus den Erstaufnahmeeinrichtungen herauskommen. Deshalb lautet unsere zentrale Forderung an das Bundesamt, mehr Personal einzusetzen, damit das schneller geht. Die Dauer von Asylverfahren soll künftig nicht mehr als sechs Monate betragen. Es bedarf jetzt einer gemeinsamen Aktion von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Bürgern vor Ort, um den betroffenen Menschen Wohnungen anbieten zu können. Insoweit sind wir alle gefordert. Auch deswegen ist für mich die gemeinsame Zustimmung zur Streichung dieses Halbsatzes ein Signal, für das ich sehr dankbar bin.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat nun Kollege Dr. Hans Jürgen Fahn von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In unserer Diskussion ziehen wir auch Bilanz über die Asylpolitik in den letzten fünf Jahren. Man muss sagen, dass sich in den vergangenen Jahren schon etwas zum Positiven verändert hat, dass es aber zu langsam geschehen ist. Schauen wir einmal, ob wir auf einem guten Weg sind.

15 % aller Asylbewerber in Bayern leben fünf Jahre und länger in einer Gemeinschaftsunterkunft. In Aschaffenburg sind es zum Beispiel 20 %. Knapp 5 % leben sogar zehn Jahre in einer Gemeinschaftsunterkunft. Wenn man so lange in Deutsch-

land lebt, muss man auch ein Mindestmaß an Sprachkenntnissen besitzen, um sich zumindest einigermaßen zurechtzufinden; ansonsten sind – das merkt man immer wieder – soziale Konflikte vorprogrammiert. In Deutschland benötigt man eben die deutsche Sprache. Wir freuen uns, dass der Landtag vor einigen Monaten einem entsprechenden Antrag der FREIEN WÄHLER nahezu einstimmig zugestimmt hat.

Unter diesen Gesichtspunkten ist der bisherige Grundsatz der bayerischen Asylpolitik, nämlich die Förderung der Rückkehrbereitschaft, sehr kritisch zu sehen. Das sagen wir FREIEN WÄHLER auch. Dieser Satz muss dringend gestrichen werden. Ich freue mich, dass dies heute zumindest in einer gemeinsamen Initiative aller Fraktionen zum Ausdruck kommt, meine Damen und Herren. Dieser Grundsatz ist nämlich nicht mehr zeitgemäß; er ist falsch. Wir unterstützen daher ganz klar den Antrag der SPD. Nach dem Hungerstreik der Asylbewerber gab auch die Sozialministerin zu, dass sie sich schon vor einigen Jahren für die Abschaffung dieses Satzes eingesetzt habe. Das können wir bestätigen; ich habe den Zeitungsartikel damals extra aufgehoben. Damals wurde sie aber von Innenminister Herrmann gebremst. Jetzt, nachdem der Ministerpräsident Erleichterungen für die Asylbewerber angemahnt hat, musste der Innenminister schweigen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sich fügen!)

- Oder sich fügen. Jetzt erst merkt Herr Horst Seehofer, dass man mittlerweile zu der Überzeugung gekommen ist, dass man mit einem solchen Satz der bayerischen Asylpolitik die einseitig auf Abschreckung setzt ein völlig falsches Gesicht gibt. Daher zunächst die klare Aussage: Wir stimmen dem Antrag der SPD zu. Die Begründung zählt ja formal nicht zum Antrag. Das ist richtig.

Der zweite Antrag kommt von den GRÜNEN. Die einzelnen Maßnahmen – ich gehe darauf noch ein – sind zum Großteil richtig und gut. Wir haben aber ein kleines Problem mit dem Vorspann. Dort steht, dass der Landtag feststellt, dass der Hungerstreik von Menschen in einer Situation der Verzweiflung entstand und daher Maßnahmen

zur Verbesserung notwendig sind. Der Streik war nicht neu. Es gab schon verschiedene Streiks, zum Beispiel auch im letzten Jahr in Würzburg. Dort nähten sich einige der Streikenden sogar die Münder zu was sie viele Sympathien seitens der Bevölkerung kostete – das muss ich klar hinzufügen. So schlimm die Situation der Menschen auch gewesen ist, ganz klar, ist aber unsere Position: Hungerstreik darf kein Instrument sein, meine Damen und Herren, um bestehendes Recht zu beugen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir leben in Deutschland in einem Rechtsstaat, und der Staat darf sich nicht erpressen lassen, sonst kann es passieren, dass alle Asylbewerber einen solchen Weg wählen, und dann wäre der Staat handlungsunfähig, meine Damen und Herren.

Deshalb kann der Vorspann im Antrag der GRÜNEN nicht isoliert stehen bleiben; denn damit wird der Eindruck erweckt, man könne nur etwas erreichen, wenn man einen Hungerstreik durchführt. Das ist ein Problem, meine Damen und Herren; das ist auch eine fahrlässige Vorgehensweise, wenn man bedenkt, dass es sich in München um einen sogenannten trockenen Hungerstreik handelte.

Auf der anderen Seite wissen wir – das wurde auch klar gesagt –, dass die Behandlung von Asylbewerbern in fast allen Fällen sehr grenzwertig war und man schon verstehen kann, dass viele die Einhaltung des Artikels 1 des Grundgesetzes einfordern: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies gilt auch und insbesondere für Asylbewerber. Auch Asylbewerber sind Menschen, meine Damen und Herren.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und einige Punkte nennen, die die FREIEN WÄHLER in den letzten fünf Jahren zum Thema Asylpolitik ausgearbeitet haben und die sich zum großen Teil auch in dem Antrag der GRÜNEN wiederfinden. Erster Punkt. Wir sagen, die Gemeinschaftsunterkünfte – dort leben derzeit 10.878 Menschen – sind die Ursache für soziale Spannungen. Daher sollen Asylbewerber die Möglichkeit

erhalten, Gemeinschaftsunterkünfte bereits nach einem Jahr zu verlassen. Dazu haben wir bereits im Juli 2009 einen Gesetzentwurf eingebracht.

Zweiter Punkt. Soziale Spannungen entstehen auch dann, wenn Bürger und Kommunen zu spät über die Suche nach dezentralen Unterkünften informiert werden. Wir bevorzugen dezentrale Unterkünfte und die Verteilung nach dem sogenannten Coburger Modell. Darüber haben wir in der Vergangenheit schon öfter diskutiert. Dieses Coburger Modell – leider ist es in dieser Form noch nicht umgesetzt – sieht eine prozentuale Verteilung nach der Einwohnerzahl in den einzelnen Gemeinden vor. Das ist eine sinnvolle Sache, damit man vorweg schon planen kann und nicht immer wieder ein Problem hat, wenn viele Asylbewerber kommen und schnell eine Lösung gefunden werden muss. Deswegen sollten wir das Coburger Modell auch in den nächsten fünf Jahren intensiv besprechen.

Dritter Punkt. Wir brauchen Sonderregelungen für unbegleitete traumatisierte Jugendliche. Sie müssen wie in anderen Bundesländern – das haben wir bisher noch nicht geschafft – in eigenständigen Einrichtungen untergebracht werden. Sie müssen vom Jugendamt betreut werden.

Vierter Punkt. Die unwürdigen Zustände – das wurde schon von verschiedenen Rednern gesagt – in der Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf wegen Überfüllung und Wartestau müssen durch die Schaffung einer weiteren Einrichtung beendet werden. Wir haben das schon mehrmals gefordert; das ist aber immer wieder abgelehnt worden. Hat sich die Situation in Zirndorf entspannt, haben Sie gesagt: Problem gelöst. Jetzt haben wir aber wieder die Probleme. Warum suchen wir keine mittel- und langfristige Lösung im Interesse aller, meine Damen und Herren? Das wäre eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode. Im Antrag der CSU steht dies leider nicht.

Fünfter Punkt. Die Asylverfahrensdauer muss verkürzt werden. Dazu – das haben wir in Anträgen auch schon gefordert – muss das benötigte Personal aufgestockt werden. Warum machen wir das nicht möglichst bald? Dann würden sich viele Probleme lösen.

Sechster Punkt. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber muss deutlich verkürzt werden, zum Beispiel auf sechs Monate – man kann auch darüber diskutieren, es auf drei Monate zu verkürzen. Im Moment sind es neun Monate. Es ist nicht nachvollziehbar, dass junge arbeitswillige Asylbewerber keine Ausbildung machen dürfen und somit keine Zukunftsperspektive haben. CSU und FDP warnen bei jeder Gelegenheit vor einer Zuwanderung in das deutsche Sozialsystem. Warum ist dann aber Asylbewerbern, die oft jahrelang auf den Abschluss ihres Verfahrens warten, die Aufnahme einer Arbeit verboten, mit der sie in unser Sozialsystem einzahlen könnten?

Siebter Punkt. Die FREIEN WÄHLER empfehlen je nach Situation vor Ort Alternativen zu den Essenspaketen. Zumindest sollten Essensgutscheine ausgegeben werden. Die Asylbewerber könnten somit entscheiden – das ist ganz wichtig –, was sie essen wollen und was nicht. Sie sind keine Menschen zweiter Klasse, meine Damen und Herren. Immerhin wird die Sozialministerin inzwischen so zitiert, dass sie nicht möchte, dass Bayern das letzte gallische Dorf sei, das noch am Sachleistungsprinzip festhalte. – Dann setzen Sie das um, Frau Sozialministerin!

Achter Punkt. Der Freistaat wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen aus dem Asylsozialberatungsgesetz und der Richtlinie nachzukommen. Laut Abschnitt Nummer 1 gibt es nämlich eine soziale Betreuung, die auch in dezentralen Einrichtungen finanziert werden muss. Das darf man nicht allein den Wohlfahrtsverbänden überlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Oder man darf sie nicht alleine lassen.

Die Caritas betreibt dezentrale Einrichtungen und fragt – das bekommt man immer wieder mit –: Warum springt der Staat nicht zusätzlich ein? Es gibt auch ein vorgeschriebenes Betreuungsverhältnis, und zwar eine Vollzeitkraft pro 150 Asylbewerber. Dieses Verhältnis wird in Bayern in keiner Weise eingehalten. Hier ist zusätzlicher Bedarf vorhanden.

Neunter Punkt. Der Abschaffung der Residenzpflicht stehen wir offen gegenüber. Frau Sozialministerin, Sie haben inzwischen gemerkt, dass Bayern unter allen Bundesländern an vorletzter oder letzter Stelle liegt. Sonst wollen wir in Bayern doch immer an der Spitze, ganz oben sein. Bei der Asylpolitik waren wir eigentlich immer im unteren Teil und versuchen jetzt, uns langsam nach oben zu arbeiten. Dies müsste aber noch viel schneller geschehen.

Einen Großteil der Forderungen der GRÜNEN können wir auf jeden Fall unterstützen. Entscheidend ist der Vorspann des Antrages. Dazu habe ich noch einen Vorschlag an die Fraktion der GRÜNEN. Damit dies unzweifelhaft ist und nicht falsch interpretiert werden kann, müsste noch ein Satz hinzugefügt werden, der lautet: Ein Hungerstreik ist kein Mittel, bestehendes Recht zu beugen. Wenn dieser Satz noch dazu käme oder wenn Sie, wie gesagt, den gesamten Vorspann weglassen, könnten wir zustimmen. Das sind die beiden Alternativen.

Beim Antrag von FDP und CSU stört uns die Überschrift – das muss ich ganz klar sagen – "Erfolgreiche Asylsozialpolitik fortsetzen!", weil das nicht richtig ist.Ihre Asylpolitik war in den letzten Jahren nicht erfolgreich. Wenn Sie etwas geändert haben, geschah dies auf Druck der Opposition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

In München war es der Druck der Straße. Das ist klar. Dieser Hungerstreik in München, den wir zwar ablehnen, hat in der CSU aber gewisse Umdenkprozesse ausgelöst. Die Punkte, die Sie angesprochen haben, sind richtig. Einige Punkte fehlen, zum Beispiel die dritte Erstaufnahmeeinrichtung. Warum haben Sie diesen Punkt nicht drin? Dennoch kann man zum Abschluss dieser fünf Jahre sagen: Es sind viele Punkte drin, die nicht falsch sind. Insgesamt sind es aber zu wenige. Trotzdem werden wir dem Antrag von CSU und FDP zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatsministerin Haderthauer hat noch ums Wort gebeten. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In diesen Zeiten gibt es eine Abstimmung mit den Füßen. Flüchtlinge und Asylbewerber stimmen mit den Füßen für Deutschland ab; denn in keinem anderen Land in Europa geht es Asylsuchenden so gut wie bei uns. Sonst wären wir nicht Zuzugsland Nummer 1 für Flüchtlinge und Asylsuchende.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Zuzug hat sich noch verstärkt, insbesondere seit das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass die Leistungen für Asylsuchende in Deutschland anzuheben sind. Aktuell sind es 100.000 Asylsuchende pro Jahr, die nach Deutschland kommen. Das ist eine Verfünffachung der Zahlen seit 2007. Zwei Drittel dieser Menschen haben bei uns keine Bleibeperspektive.

Meine Damen und Herren, Frau Ackermann hat die Zustände, die sie geschildert hat, alle in der Vergangenheitsform geschildert. Also hat auch die Opposition dankenswerterweise zur Kenntnis genommen, dass diese Zustände heute nicht mehr so bestehen. Das gehört auch zu diesem Thema. Wir haben in dieser Legislaturperiode gemeinsam eine moderne und zeitgemäße Asylsozialpolitik entwickelt, die drei Ziele hat: erstens die Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften zu verkürzen, zweitens den Vorrang des Sachleistungsprinzips immer weiter zu flexibilisieren und drittens die Asylsozialberatung auszubauen.

All dies ist von den Vorrednern, Herrn Kollegen Seidenath und Frau Kollegin Meyer, zutreffend geschildert worden. Ich möchte das noch um einige Zahlen ergänzen. Hier wird immer der Eindruck erweckt, durch den Hungerstreik, auf den ich nachher noch eingehen werde, hätten wir unsere Politik geändert. Glauben Sie tatsächlich, dass von den 29.000 Asylbewerbern und abgelehnten Asylbewerbern, die derzeit in Bayern leben, in der Woche, als der Hungerstreik war, plötzlich 18.000 aus den Gemein-

schaftsunterkünften ausziehen durften? Das ist doch völliger Blödsinn. Wir haben in den letzten Jahren die Weichen dafür gestellt, dass überhaupt nur noch knapp 40 % der Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, nämlich 11.000. 18.000 Asylbewerber wohnen schon lange, nicht erst seit den letzten Wochen, in Privatwohnungen und dezentralen Wohngelegenheiten, die die Kommunen zur Verfügung stellen. Natürlich erhalten die Kommunen dafür einen Kostenersatz. Was Sie hier fordern, passiert in Bayern schon längst.

Ich sage Ihnen aber auch: Es ist und war wichtig, dass wir viel Geld in die Verbesserung der Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte investiert haben; denn wir können auf die Gemeinschaftsunterkünfte nicht verzichten. Wir haben schon jetzt die Situation, dass mehrere tausend Asylbewerber ohne Anerkennung im Erstverfahren in den Gemeinschaftsunterkünften wohnen, obwohl sie dort gar nicht mehr wohnen müssten, weil sie entweder keine Wohnung finden oder Wohnungen, die ihnen angeboten werden, nicht annehmen, weil sie nicht in dem Ort liegen, an dem sie gern wohnen würden.

Wir brauchen tatsächlich die Hilfe aller. Was wir nicht brauchen, ist das Schlechtreden der Verhältnisse in Bayern und der Steuermittel, die wir eingesetzt haben, um die Gemeinschaftsunterkünfte zu verbessern und für Wohnungen und Wohngelegenheiten für die über 1.000 Menschen zu sorgen, die schon lange nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften leben sollten.

(Beifall bei der CSU)

Dies gilt für das Sachleistungsprinzip in ähnlicher Weise.

Ich möchte einmal ein Wort zu den angeblichen Essenspaketen sagen. Das sind Bestelllisten, die nach ernährungswissenschaftlichen Gesichtspunkten und kultursensibel zusammengestellt sind, eine individuelle Auswahl erlauben und damit individuelle Lieferungen gewährleisten.

(Beifall bei der CSU - Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das ist objektiv falsch!)

Das muss hier auch einmal gesagt werden. Diese Essenspakete sind individuell. Diese Essenspakete werden für knapp 40 % der Menschen zusammengestellt. Alle anderen bekommen in den meisten Fällen ohnehin Bargeld.

Ich möchte auf einen anderen Punkt eingehen, bei dem vielfach falsche Schilderungen im Umlauf sind, nämlich die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. 95 % der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge leben in Bayern in Jugendhilfeeinrichtungen. Sie gehen in die Schule und können eine Berufsausbildung machen. Es ist einfach unseriös, hier immer so zu tun, als ob die paar, die in der Bayernkaserne sind, weil noch nicht geklärt ist, wo sie hinkommen sollen, für alle diese Flüchtlinge stünden. 95 % der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge leben in Bayern in Jugendhilfeeinrichtungen. Sie werden genauso versorgt, wie Sie das fordern.

(Beifall bei der CSU)

Wir beschleunigen den Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft. Wir beschleunigen den Weg von der Sach- zur Geldleistung. Diese Entscheidungen waren schon lange getroffen, bevor es zu dieser kriminellen Aktion – eine solche war der Hungerstreik in München – gekommen ist. Natürlich gibt es für jeden Asylsuchenden eine medizinische Behandlung. Die Versorgung bei psychiatrischen Erkrankungen haben wir längst verbessert. Wir haben Gutachterstellen für die Erkennung von traumatischen Belastungsstörungen eingerichtet. Das war eine Initiative der FDP-Fraktion. Momentan sind wir dabei, ein psychiatrisches Hilfsangebot in den Erstaufnahmeeinrichtungen aufzubauen. Keine dieser Verbesserungen, bis hin zu den Sprachkursen, die jetzt beginnen, wurde beschlossen, weil es zu einem Hungerstreik gekommen ist.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zacharias, Sie haben hier das Bild gezeichnet: Stacheldraht um die Bayernkaserne. Warum bringt denn Herr Oberbürgermeister Ude seine Obdachlosen genau hinter diesem Stacheldraht unter?

(Beifall bei der CSU)

Ich muss Ihnen schon sagen: Das Bild, das Sie hier zeichnen, ist infam. Sie zeichnen das Bild einer Inhaftierung. Dabei gibt es in Gemeinschaftsunterkünften in Bayern ein absolut freies Kommen und Gehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausweitung der Residenzpflicht wird von München sogar abgelehnt. Wenn es die Residenzpflicht nicht gäbe, wären alle Asylsuchenden Bayerns in München. Das weiß Herr Oberbürgermeister Ude ganz genau.

(Isabell Zacharias (SPD): Das ist falsch!)

Ich wünsche Ihnen dann viel Spaß bei der Wohnungssuche. Die Residenzpflicht hindert niemanden, sich frei zu bewegen. Wir haben sie auf den gesamten Regierungsbezirk und die anliegenden Landkreise ausgeweitet. Jeder, der diesen Bereich verlassen will, bekommt die entsprechende Genehmigung. Mir ist kein Fall bekannt, in dem dies nicht gestattet worden wäre. Tun Sie also nicht so, als ob irgendjemand daran gehindert würde.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD)

Jetzt möchte ich kurz auf den Hungerstreik zu sprechen kommen. Dieser Hungerstreik am Rindermarkt wird von Ihnen für Ihre Forderungen instrumentalisiert. Das verurteile ich an Ihren Anträgen und Ausführungen. Dieser Hungerstreik hatte überhaupt nichts mit der bayerischen Asylsozialpolitik zu tun. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Hier wurden Menschen von einem Rädelsführer, der ein mehrfaches Vorstrafenregister hat und sich selbst nicht an diesem Hunger- und Durststreik beteiligt hat, in Geiselhaft genommen. Hier wurde auf zynische Art und Weise versucht, den Staat mit Menschenleben zu erpressen. Ich sage Ihnen: Jeder, der diese Aktion unterstützt und sie als Trittbrettfahrer nutzen will, ist unsozial und inhuman.

(Beifall bei der CSU)

Diesem Rädelsführer, der kriminell gehandelt hat, habe ich zugerufen, dass sofort dieser Hungerstreik zu beenden ist, dass die Asylsuchenden wieder essen und trinken sollen und dass sich der Rechtsstaat nicht durch diese Aktion oder andere Aktionen dieser Art erpressen lässt. Das war ein Akt der Empathie gegenüber denen, die dort in Geiselhaft genommen wurden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ganz kurz komme ich noch auf die Forderung zu sprechen, eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung zu schaffen. Wissen Sie was? Wir bräuchten zurzeit eine dritte, eine vierte, eine fünfte und eine sechste Erstaufnahmeeinrichtung. Und auch diese würden uns nicht helfen, wenn die Verfahren so lange dauern. Die einzige Möglichkeit, mit den Erstaufnahmeeinrichtungen zurechtzukommen, besteht darin, dass die Verfahrensdauer verkürzt wird. Unser Bundesinnenminister hat zugesagt, die 140 Stellen, die für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – BAMF – vorgesehen sind, in kürzester Zeit zu besetzen.

Gleichwohl habe ich die Regierungen angewiesen, die Verfahren so zu gestalten, dass auch dann, wenn das Erstverfahren noch nicht beendet ist, die Erstaufnahmeeinrichtung bereits verlassen werden kann. Das ist nicht einfach, weil es eigentlich wichtig ist, sich in der Erstaufnahmeeinrichtung aufzuhalten, damit diese Verfahren schnell durchgeführt werden können. Dennoch gehen wir derzeit so vor, dass die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahmeeinrichtung auf ein Mindestmaß verkürzt wird und wir dann

dezentral Asylsuchende den Kommunen, den Landkreisen oder auch den Gemeinschaftsunterkünften zuweisen.

Es ist also eine reine Augenwischerei, eine dritte Aufnahmeeinrichtung zu fordern. Ich bin dafür, dass die Menschen kurz in der Aufnahmeeinrichtung bleiben und dann in Gemeinschaftsunterkünften oder Wohnungen unterkommen. Damit ist ihnen viel mehr geholfen.

Zuletzt bemerke ich etwas zu der Forderung in Ihrem Antrag, den letzten Satz in § 7 der Asyldurchführungsverordnung zu streichen. Es ist ja schön, dass Sie meine Ministerratsvorlage abgeschrieben haben, die sich schon längst in der Ressortabstimmung befindet.

(Lachen bei der SPD - Volkmar Halbleib (SPD): Viereinhalb Jahre fordern wir das! Viereinhalb Jahre!)

- Sie haben das in den letzten Jahren auch nicht gefordert; ehrlich gesagt, Sie brauchen sich jetzt nicht zu brüsten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doch, doch!)

Sie wissen, dass ich bereits vor drei Jahren der Meinung war, dass dieser Halbsatz zu Recht gestrichen werden soll. Aber wissen Sie was? Das ändert nichts an unserer tatsächlichen Politik; denn wir haben den Vollzug und unsere Politik von Anfang an nicht an diesem Halbsatz ausgerichtet.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Trotzdem ist es mir wichtig, dass der Halbsatz gestrichen wird, und ich freue mich darüber. Das liegt an der Tatsache, dass dieser Halbsatz sehr wohl ein Verhetzungspotenzial aufweist und dazu gedient hat, unsere gute Politik schlechtzureden. Im Übrigen hat dieser Halbsatz gar nichts mit der Unterbringung zu tun. Das Lesen erhellt manchmal die Geister; darin geht es nur um die Verteilung. Dennoch freue ich mich über die

Streichung und halte sie für richtig. Aber es fällt in die Zuständigkeit der Staatsregierung, eine Verordnung der Staatsregierung zu verändern. Das geschieht ohnehin. Es handelt sich also um eine billige Schaufensteraktion, wenn Sie sich jetzt anhängen; aber nichts anderes kennen wir von Ihrer Art und Weise, Politik zu betreiben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatsministerin, zu Ihrem Beitrag hat sich eine Zwischenbemerkung ergeben. Frau Kollegin Ackermann, bitte.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Ministerin, wenn man Sie so reden hört, überlegt man sich schon, ob die CSU-Fraktion vielleicht falsch abstimmt, wenn sie gleich unserem Antrag zustimmt.

Ich kann sehr gut verstehen, dass Sie nicht wissen, wie es in den Aufnahmeeinrichtungen aussieht; denn als Sie dort einmal in Würzburg waren, sind Sie noch nicht einmal aus dem Auto ausgestiegen, um sich mit Flüchtlingen zu unterhalten.

(Lachen bei der CSU - Staatsministerin Christine Haderthauer: Danke für die Steilvorlage!)

Sie können nicht wissen, wie es dort aussieht. Das tut mir leid für Sie.

Ich sage noch ein Wort zu den Essenspaketen. Sie haben es gerade so dargestellt, als würde es sich bei der Versorgung mit Essenspaketen um einen exklusiven Cateringservice handeln. Ich muss Ihnen darauf entgegnen: Die Essenspakete werden zentral verpackt, zentral verschickt und dann verteilt. Das ist sehr viel teurer, als wenn sich die Flüchtlinge selbst versorgen würden. Aber das ist nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist die minderwertige Qualität der Essenspakete, die von den Flüchtlingen sehr oft entsorgt werden, weil man den Inhalt nicht essen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schreiben Sie es auf, es kommt noch mehr.

Für mich stehen diese Essenspakete für Ihre Politik. Sie bedeuten eine Entmündigung der mündigen Menschen, die zu uns kommen, und sie sind der Ausdruck einer menschenverachtenden Abschreckungspolitik, die Sie bis zum heutigen Tag – jetzt spreche ich in der Gegenwart – in allen Gemeinschaftsunterkünften aufrechterhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin. Frau Staatsministerin, bitte bleiben Sie danach noch am Redepult, es folgt noch eine weitere Zwischenbemerkung. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Vielen Dank, dass Sie mir mit meinem Besuch in Würzburg eine Steilvorlage gegeben haben. Sie waren nicht dabei, und es ist immer blöd, wenn man über ein Ereignis redet, bei dem man nicht dabei war, Frau Ackermann. Wir waren an diesem Tag in Würzburg zwei Stunden in der Gemeinschaftsunterkunft und haben mit den asylsuchenden Familien und den Asylsuchenden, die dort gelebt haben, ausführlich gesprochen.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE) – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben außerdem mit denen, die diese Asylsuchenden unterstützen, ausführlich gesprochen. Es kann nicht angehen, dass dann, organisiert von anderen – ich sage gar nicht, von wem -, politisch Motivierte von außen, die gar nicht in der Gemeinschaftsunterkunft gewohnt haben, herbeigekommen sind und versucht haben, die Landtagspräsidentin und mich an der Wegfahrt zu hindern. Das war eine Erpressung, der man sich tatsächlich nicht stellen muss, liebe Frau Ackermann.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt doch gar nicht, Frau Ministerin! Sie haben sich geweigert, mit den Leuten zu reden, und das ist die Wahrheit!)

Ganz kurz komme ich noch auf die sogenannten Essenspakete zu sprechen. Selbst Ihre Beschreibung eines Caterings beinhaltet, dass das Essen zentral verpackt und geliefert wird. Das bedeutet doch überhaupt keinen Nachteil. Bevor es aber zentral verpackt und geliefert wird, wird es nach Listen individuell bestellt und dann individuell zusammengepackt und geliefert. Ich sehe darin keinen Nachteil. Ich erkläre Ihnen auch, warum es nicht ganz falsch ist, diesem Vorrang des Sachleistungsprinzips zumindest für die erste Zeit nachzukommen. Wir wollen, dass mithilfe der Steuergelder, die wir investieren, Lebensmittel bei den Asylsuchenden ankommen und dass die Steuergelder sich nicht als Bargeld in irgendwelchen Gängen verlieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Dr. Fahn. Bitte schön.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- Es folgt dann noch eine Zwischenbemerkung. Ich kann Ihnen das nicht ersparen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Ministerin, Sie haben gerade die Steuergelder angesprochen. Ich habe einmal auf eine schriftliche Anfrage die Antwort bekommen, dass durch diese zentrale Belieferung ungefähr 20 % an Verwaltungskosten entstehen. Statt zehn Millionen Euro bräuchte man sonst nur etwa acht Millionen Euro. Wissen Sie, dass wir 20 % einsparen könnten, zumindest dann, wenn wir nur Essensgutscheine hätten?

Sie loben diese Essenspakete. Wären Sie bereit, an einem Modellversuch teilzunehmen, bei dem Sie selbst eine Woche von diesen Essenspaketen leben und dann einen Erfahrungsbericht schreiben? Das wäre doch einmal eine ganz gute Idee, und ich würde dabei mitmachen.

(Unruhe bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Die Essenslieferungen sind von einer einwandfreien Qualität. In Zeitungsberichten haben wir gelesen, dass schon mehr Leute auf die Idee kamen, sich testweise von Essenspaketen zu ernähren. Ich habe diesen Zeitungsberichten nur entnommen, dass keinerlei Einschränkungen empfunden wurden, sondern dass man sich von den Essenslieferungen hervorragend ernähren kann.

Zu den Mehrkosten: Gerade am Anfang legen wir besonderen Wert darauf, dass die Gelder nicht an irgendwelche Schlepperbanden gehen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist uns einiges an Verwaltungskosten wert. Das sage ich Ihnen ganz klar. Der hohe Aufwand, der immer unterstellt wird, relativiert sich sehr schnell. Aufgrund der neuen Leistungen werden nur noch 40 % der Flüchtlinge mit Lebensmittellieferungen versorgt. Ihre Anfrage ist möglicherweise schon etwas älter. Wir haben das weitgehend eingeschränkt.

Mein Ziel ist es, am Anfang Lebensmittel auszuliefern. Diese Zeit sollte verkürzt werden. Später kann man auf Bargeld oder auf Gutscheine übergehen. Die Regierungen sind gehalten, das flexibel zu handhaben. Ich habe für diejenigen, die in Gemeinschaftsunterkünften wohnen und ausziehen dürfen – aber nicht können –, ein Modellprojekt initiiert. Das ist schon lange vor dem Hungerstreik angelaufen. Im Rahmen dieses Projektes werden Bargeld und Gutscheine verteilt, weil mir wichtig war, dass wir die Flüchtlinge begleiten, wenn sie ausziehen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Thalhammer. Bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Staatsministerin, in Ihrer Rede haben Sie viel über Empathie gesprochen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ihre Rede hat deutlich gezeigt, wer das Land Bayern herzlicher und menschlicher gemacht hat. Heute hat die Ausschussvorsitzende des Sozialausschusses, Brigitte Meyer, ihre letzte Rede zum Thema Asylpolitik gehalten. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, sich an dieser Stelle explizit zu bedanken. Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, ein Dankeschön an die Ausschussvorsitzende Brigitte Meyer auszusprechen. Mit ihrem persönlichen Einsatz wurde Bayern ein Stück menschlicher und herzlicher gemacht. Liebe Brigitte Meyer, herzlichen Dank von der FDP-Fraktion!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt kommt die Frau Staatsministerin zur Erwiderung. Als Nächster folgt Herr Kollege Pfaffmann. Danach gibt es noch eine persönliche Erklärung zur Abstimmung von Frau Kollegin Tolle. Jetzt haben Sie das Wort, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Lieber Herr Thalhammer, Sie haben sicherlich gehört, dass ich immer wieder darauf hingewiesen habe, dass wir das gemeinsam vorangebracht haben. Vieles wurde von Frau Meyer angeregt. Ich möchte aber auch Herrn Unterländer nennen.

(Beifall bei der CSU)

Der sozialpolitische Ausschuss ist der Ausschuss, der diese Themen vorangebracht hat. Ich habe mich in meiner Rede mehrfach bei den Regierungsfraktionen bedankt. Ich schließe damit alle Kolleginnen und Kollegen des sozialpolitischen Ausschusses ein. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses; denn die geleisteten Mittelerhöhungen wären ohne die Haushaltspolitiker und die Regie-

rungsfraktionen nicht zustande gekommen. Wir verstehen uns immer als Team. So verstehe ich auch den Dank: Ein Team-Dank an die Fraktionen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sehr aufmerksam. Der nächste Redner ist Herr Kollege Pfaffmann.

(Unruhe)

Ich bitte um Aufmerksamkeit. So, auf geht's.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, um die Sozialministerin direkt anzusprechen. Liebe Frau Haderthauer, Ihre Rede hat eindrucksvoll bestätigt, dass es mit Ihnen keine humane Flüchtlingspolitik in Bayern geben kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie polarisieren. Sie haben von Verhetzungspotenzial gesprochen. Sie haben von kriminellen Aktionen gesprochen. Ich sage Ihnen: Man bekommt den Eindruck, Ihnen sind die Stimmen am rechten Rand der Bevölkerung wichtiger als Humanität in der Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Zu dem Hungerstreik in München kann man stehen, wie man will. Sie nehmen einfach nicht zur Kenntnis - -

(Unruhe bei der CSU)

- Die Aufregung bei den Kollegen der CSU muss ziemlich groß sein.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Frau Kollegin Haderthauer, Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass der Hungerstreik am Rindermarkt aus Verzweiflung wegen Ihrer Flüchtlingspolitik zustande gekommen ist. Das war kein Versuch, den Staat zu erpressen. Genau das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen, weil Sie polarisieren wollen. Das ist Ihr politisches Ziel. Das ist keine humanitäre und menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

Vielleicht kann ich mir zum Schluss eine persönliche Erklärung sparen. Vorhin ist immer wieder gesagt worden, wir würden uns von der Begründung in unserem Antrag distanzieren. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Wir distanzieren uns von gar nichts, vor allen Dingen nicht von unserer Begründung. Wir streichen sie aus unserem Antrag, damit Sie im Interesse einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik zustimmen können. Das ist der Grund, warum wir die Begründung streichen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen uns nicht von unserer eigenen Begründung distanzieren. Mir ist wichtig, dass das im Protokoll steht, damit Sie in Ihren Stimmkreisen nichts anderes erzählen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Halt, Herr Kollege. Dazu gibt es eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben gefragt, warum es auf unserer Seite während Ihrer Rede so viel Unruhe gegeben hat. Das möchte ich Ihnen erklären: Weil ein solch dümmliches Gerede unbeschreibliche Schmerzen bereitet.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Lüge!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, man muss nicht auf alles antworten in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatsministerin Haderthauer hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Kollege Pfaffmann, Sie zeichnen sich generell dadurch aus, dass Sie über Dinge reden, von denen Sie keine Ahnung haben; das aber gründlich.

(Beifall bei der CSU)

Das Gleiche gilt für den Hungerstreik. Nachdem der Hungerstreik am Mittwoch gleichzeitig zu einem Durststreik geworden ist, gab es eine Pressekonferenz mit der Regierung von Oberbayern und dem Anführer des Hungerstreiks, Herrn Chorasani. Von den versammelten Pressevertretern ist er mehrfach gefragt worden: Herr Chorasani, streiken Sie nicht auch wegen dieser schlimmen Asylsozialpolitik? Er sagte: Nein, mir geht es ausschließlich um die Anerkennung. Stören Sie denn nicht die Essenspakete? – Nein, mir geht es ausschließlich um die Anerkennung. Streiken Sie denn nicht auch wegen der Residenzpflicht in Bayern? Hier ist doch alles so schlimm. – Nein, uns geht es ausschließlich um die Anerkennung.

Sie stellen sich hier hin und behaupten auch noch, dass diese kriminelle Aktion – und das war sie – irgendetwas mit der Situation in Bayern zu tun gehabt hätte. Das ist infam, Herr Pfaffmann. Das zeigt, dass es Ihnen um Polarisierung geht und überhaupt nicht um die Sache.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Zu einer persönlichen Erklärung hat sich Frau Kollegin Tolle gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich von einigen Äußerungen von Staatsministerin Ha-

derthauer angesprochen gefühlt. Ich verweise, was die Vorgänge im Lager Würzburg betrifft, auf meine persönliche Erklärung im Rahmen unserer Aussprache. Ich möchte klipp und klar feststellen, dass nichts organisiert war. Ich war auch dabei. Es wurde von außen nichts gesteuert.

(Widerspruch bei der CSU)

Meiner Ansicht nach entscheiden Flüchtlinge über ihre Dinge selbst. Deshalb verbietet es sich von vorneherein, etwas von außen zu steuern.Es war vielmehr so, dass sich Flüchtlinge auf dem Weg versammelt haben, weil sie wussten, dass Frau Haderthauer kommt und sie mit ihr sprechen wollten, um ihr ihre Anliegen vorzutragen. Es war mitnichten so, dass Frau Haderthauer und die Landtagspräsidentin am Wegfahren gehindert wurden. Die Frau Landtagspräsidentin wollte gar nicht wegfahren. Sie hat mit den Flüchtlingen geredet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Leute standen auf dem Weg, und deshalb war ein Durchfahren für einige Minuten nicht möglich. Der Weg wurde dann freigemacht. Das war alles. Aus meiner Sicht handelte es sich um einen Vorgang, bei dem die Frau Landtagspräsidentin gezeigt hat, dass man es auch anders regeln kann. Ich habe mich geschämt, dass wir eine Sozialministerin haben, die diesen Namen nicht verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatsministerin, Sie möchten sich noch einmal im Rahmen der Aussprache melden? – Das geht leider nicht, weil mit der persönlichen Erklärung die Aussprache geschlossen ist. Sie können auch eine persönliche Erklärung abgeben. Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich bin persönlich angesprochen worden und möchte sagen: Frau Tolle, Sie behaupten, es sei nichts organisiert gewesen; das ist nicht richtig. Richtig ist, dass Sie und andere, als wir anka-

men, bereits mit Schildern, auf denen stand "Lager tötet", vor der Gemeinschaftsunterkunft gestanden sind. Ist das nicht richtig? Das ist sogar fotografisch dokumentiert. Sie sagen, Sie hätten nichts organisiert. Da lachen ja die Hühner, liebe Frau Tolle!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegen drei Anträge vor, über die wir der Reihe nach abstimmen, davon über einige in namentlicher Form. Der Einfachheit halber lasse ich zunächst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP abstimmen. Das ist die Drucksache 16/18196. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der FREIEN WÄHLER. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse über den Antrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/17931 abstimmen. Dazu ist namentliche Abstimmung beantragt. Wir einigen uns auf drei Minuten, weil ohnehin alle anwesend sind, wenn ich es richtig überblicke. Dann können wir jetzt mit der namentlichen Abstimmung beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 10.33 bis 10.36 Uhr)

Damit ist die Abstimmung geschlossen. Wir zählen außerhalb aus.

Wenn Sie bitte zuhören, damit Sie wissen, worüber Sie abstimmen sollen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 16/17928. Die Antragsteller haben getrennte Abstimmung beantragt. Danach soll sowohl über die Nummer 1 des Antrags als auch über den restlichen Teil gesondert und jeweils in namentlicher Form abgestimmt werden. Das machen wir jetzt, zunächst über die Nummer 1 des Dringlichkeits-

antrags der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Abstimmung beginnt jetzt. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 10.37 bis 10.40 Uhr)

Haben alle abgestimmt? – Gut, dann schließe ich die Abstimmung.

Es geht weiter mit der nächsten und vorläufig letzten namentlichen Abstimmung. Es geht jetzt um den restlichen Teil dieses Dringlichkeitsantrags der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Sind die Abstimmungsurnen wieder bereit? – Dann können wir in den nächsten drei Minuten die nächste namentliche Abstimmung durchführen.

(Namentliche Abstimmung von 10.41 bis 10.44 Uhr)

Haben alle abgestimmt? – Jawohl. Dann schließe ich die Abstimmung. Das war die letzte namentliche Abstimmung zu diesem Komplex. Wir beenden damit die Beratung der Dringlichkeitsanträge zum Thema Asyl und kommen zu den nächsten Dringlichkeitsanträgen.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

(...)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir machen gleich weiter in der Diskussion über diese steuerpolitischen Anträge. Vorher darf ich Ihnen aber die Abstimmungsergebnisse zum Themenkomplex Asylanträge übermitteln, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Pfaffmann, Zacharias und anderer und Fraktion (SPD), Drucksache 16/17931, "Für eine humanere Asylpolitik: Prinzip der Förderung von Rückkehrbereitschaft sofort abschaffen!" - Dass ich das noch einmal erleben darf: Mit Ja haben 100 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 44 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen gab es 11. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion angenommen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Drucksache 16/17928, "Für humanitäre Flüchtlingspolitik in Bayern: Konsequenzen aus dem Hunger- und Durststreik der Flüchtlinge ziehen". Zu Nummer eins des Dringlichkeitsantrags haben 130 Abgeordnete mit Ja gestimmt, sechs mit Nein, Enthaltungen gab es 16. Damit ist die Ziffer eins des Dringlichkeitsantrags der Fraktion der GRÜNEN angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der restliche Teil des Dringlichkeitsantrags wurde abgelehnt. Mit Ja haben 47 gestimmt, mit Nein 82, und enthalten haben sich 21 Abgeordnete.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3 - Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Theresa Schopper (GRÜNE): Das ist historisch!)